

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer-Verlag, u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Auer, Erzgebirge. Geschäftsverwalter: Auer-Verlag, Erzgebirge. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Ausland: 1.00 Pf. pro Quartal. Postamt: Auer, Erzgebirge. Nr. 194.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Wiedergutmachungsausschuß des Reichswirtschaftsrates wird bis Montag verammelt sein. Er soll bis dahin sämtliche 15 Steuerentwürfe der Regierung befürwortend beauftragen.

Um kommenden Montag werden im Reichsfinanzministerium die ersten Verhandlungen mit den Vertretern der Beamten und der Gewerkschaften über die Erhöhung der Gehälter und der Löhne beginnen.

Wie der Markt meldet, hat Deutschland die Restzahlung der ersten Goldmilliarde, die erst am 31. August fällig ist, bereits am 25. August zu Händen der Reparationskommission angesetzt.

Das de Paris meldet aus New York, daß der Friedenszustand mit Deutschland offiziell am 31. August verkündet wird.

Die Katastrophenhauffe.

W. W. In den ersten Augusttagen hat in Wien eine außerordentlich starke Aufwärtsbewegung der Devisen und Wertpapierkurse stattgefunden. Der Dollar erreichte einen Stand von 1100 Kronen. Welche Ursache die Steigerung der Wertpapierkurse annimmt, zeigt das Beispiel der Petroleum-Gesellschaft Gasfina, deren auf 200 Kronen nominal lautende Aktien zu dem schwindelhaft hohen Wert von 70 000 Kronen anstieg. Ende der zweiten und Anfang der dritten Augustwoche hoben auch die deutschen Börsen eine Steigerung der Kurse für Devisen und Aktien erlebt, die man nicht anders als mit dem Worte Katastrophenhauffe bezeichnen kann. Daß nicht eine Steigerung der wirtschaftlichen Erträge oder auch nur die Aussicht auf eine solche Steigerung der Grund für die Kurserhöhungen sind, davon hat selbst das sonst pünktlich urteillose Publikum eine dunkle Vorstellung. Es dürfte sehr schwer sein festzustellen, von wo die Anregung zu der Hauffe-Bewegung ausgegangen ist. Die Reichsregierung hat schon vor Wochen verkündet, daß ihr Bedarf an Devisen zur Einlösung der am 31. August fälligen Reichsschatzwechsel (zu Reparationszwecken) nahezu völlig gedeckt sei. Die allgemeine Tatsache, daß die Reichsregierung während vier Jahre einen riesigen Bedarf an Devisen hat, scheint inzwischen weiten Kreisen von berufsmäßigen und privaten Spekulanten deutlich geworden zu sein. Von der günstigen Konjunktur wollen sie profitieren. Weiter scheint auf die jüngste Entwicklung an den deutschen Börsen die Erkenntnis, daß die kommende Finanzreform wiederum nur Stückwerk sein wird, von Einfluß gewesen zu sein.

Während über die Gründe der Katastrophenhauffe Meinungsverschiedenheiten bestehen können, sind solche in bezug auf die Folgen nicht möglich. In wichtigen Wirtschaftsländern hat sich seit Beginn dieses Jahres ein erheblicher Lohnabbau durchsetzen können. Amerika, Belgien und besonders England konnten auf diese Art ihre Produktion erheblich verbilligen. Auch in Italien ist der Lohnabbau in großem Umfang gelungen. Anfangs sah es so aus, als ob die italienischen Textil- und Metallarbeiter sich durch einen großen Streik gegen die Herabsetzung der Löhne wehren wollten. Schließlich wurde aber doch die Zustimmung der Gewerkschaften zu einer 20prozentigen Herabsetzung der Löhne erzielt. Im Gegensatz zu diesen Ländern steht Deutschland vor einer sehr erheblichen Erhöhung der Löhne und Gehälter und damit vor einer folgenschweren Erhöhung der Produktionskosten. Auch die Steuerreform muß die Produktionskosten unserer Wirtschaft erhöhen. So stehen also die Aussichten für unsere wirtschafliche Betätigung im nächsten Jahr durchaus schlecht. In diese Entwicklung hinein kommt die Steigerung der Devisen- und Wertpapierkurse sowie die plötzliche starke Entwertung der deutschen Mark. Wer z. B. den Kursmittel vom 18. August zur Hand nimmt und die Kurse der Wertpapiere mit den zuletzt ausgeschütteten Dividenden vergleicht, der muß feststellen, daß von einer auch nur angemessenen Verzinsung des zum Ankauf der überwerteten Papiere verwendeten Geldes nicht mehr die Rede sein kann. Die sich vom Herbst ab außerordentlich verschlechternden Absatzverhältnisse deutscher Waren auf dem Weltmarkt lassen es als ziemlich gewiß erscheinen, daß der deutschen Wirtschaft nicht höhere, sondern niedrigere Erträge zustehen werden. Sollte allerdings der Markkurs noch weiter sinken und auf seinem tiefen Stand längere Zeit verbleiben, so könnte dadurch eine vorübergehende ungünstige Konjunktur für deutsche Waren eintreten. Aus Holland werden bereits Befürchtungen nach dieser Richtung laut. Es wird dann zweifellos höchstens wenige Monate dauern, bis sich das Ausland durch Erleichterung oder Erhöhung von Zollmauern wirksam gegen deutsche Warenzuflüsse verbarrikadiert. Dann würde ein Wiederanstiegen des Markkurses mit einem Schlag die deutsche Exportfähigkeit wieder vernichten. Das eigentlich Schlimme an unserer Lage ist gar nicht der hohe Stand der Warenpreise bzw. der Tiefstand

des Markkurses, sondern das Schwanzen des Preisniveaus. Wer verbient, glaubt, daß es mit ihm und seinem Volke aufwärts gehe. Die Katastrophenhauffe an den deutschen Börsen in der letzten Zeit ist indessen zweifellos ein deutliches Symptom für die lebensgefährliche Krankheit unserer Wirtschaft und unseres Geldwesens.

Bekanntgabe der neuen Steuervorlagen.

Die Reichsregierung hat gestern die neuen Steuerentwürfe, zwölf an der Zahl, der Presse zur Veröffentlichung übergeben. Es ist bekannt, daß der neue Steuerplan damit noch nicht abgeschlossen ist, aber die Regierung hat schon vor einiger Zeit die wichtigsten Entwürfe, über die sie sich klar ist, kurz genannt, und sie macht jetzt auch den Wortlaut der Vorlage bekannt, obwohl der Reichstag noch in den Ferien ist, und es sonst üblich war, Gesetzesentwürfe nicht zu veröffentlichen, bevor sie nicht dem Reichstag zugegangen waren. Die besondere politische Lage, aus der die neuen Vorlagen entstanden sind, und die allgemeine Spannung haben die Regierung veranlaßt, diesmal von ihrer Gepflogenheit abzugehen. Es handelt sich um folgende Gesetze:

1. Ein neues Vermögenssteuergesetz, das eine Abänderung des Notopfers bringt. Das Notopfer soll danach weder innerhalb von 45 Jahren noch innerhalb von 30 Jahren erhoben werden, sondern in 15 Jahren, und zwar in Form von Zuschlägen in Höhe von 300 Prozent zu der normalen Vermögenssteuer. Außerdem ist der Sitznach nicht mehr ein für allemal festgesetzt, sondern von 3 zu 3 Jahren ist der zu versteuernde Vermögensbestand neu festzustellen. Die riesigen Zuschläge von 300 Prozent können natürlich nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden, sondern greifen den Bestand des Vermögens an. Aber dieser Eingriff geschieht nicht auf einmal, weil das eine zu große Schädigung der Volkswirtschaft bedeuten würde.
2. Ein Vermögenswachstumssteuergesetz, das die bisherigen Sätze des geltenden Besitzsteuergesetzes beträchtlich erhöht.
3. Ein Gesetz über Abgaben von Vermögenswachstum aus der Nachkriegszeit.
4. Ein Kapitalverkehrssteuergesetz.
5. Eine Änderung des Körperschaftsteuergesetzes.
6. Ein Versicherungssteuergesetz.
7. Eine Veränderung der Umsatzsteuer.
8. Eine Abänderung des Kohlensteuergesetzes, das die Steuer auf 30 v. H. des Wertes der schon gelieferten Kohlen festsetzt.
9. Eine Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern.
10. Eine Erhöhung von Böllen auf Genussmittel.
11. Ein Kraftfahrzeugsteuergesetz.
12. Ein Kennzeichengesetz.

Ob diese Steuern den Bedarf des Reiches decken werden, kann kein Mensch sagen, nicht nur, weil ihr Ertrag noch nicht sicher ist, sondern weil auch der Bedarf noch nicht feststeht. Es sind zu viele unsichere Faktoren für die Bestimmung dieses Bedarfes maßgebend. Nur soviel ist sicher, daß die Steuern nicht mehr erhoben werden, als wir brauchen. Die Regierung ist sich klar darüber gewesen, daß das Ideal dieser Steuerentwürfe, falls man sie selber einmal als zweckmäßig gelten läßt, erhöht werden würde, wenn sie überall an den Grenzen der erträglichsten Belastung gingen und niemals darüber hinaus. Dabei ist Rücksicht zu nehmen sowohl auf die Existenz des Einzelnen, wie auf die Lebensbedingungen der gesamten Volkswirtschaft, aber es wird unvermeidlich sein, daß manche Wirtschaftskreise sich mehr verletzt glauben, als gewisse andere Kreise. Jedenfalls darf keine einzelne Schicht und kein einzelner Beruf erwarten, daß auf ihn besondere Rücksicht genommen werden kann; der oberste Gesichtspunkt ist immer das Wohl des Ganzen. Diese Bemerkungen sollen und wollen der ausübenden Kritik, die den Entwürfen in der nächsten Zeit zuteil werden wird, natürlich nicht vorgehen.

Polen.

W. W. Von der Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien erhofft Polen den Schlüssel seiner Abwendung zu einem lebensfähigen Nationalstaat zu gewinnen. Dieser Abschluß gibt Anlaß, den Inhalt und die Ziele der Ententepolitik und die bisherigen Erfolge auf diesem Felde kurz zu beleuchten. Seit der Teilung Polens ist der Wunsch der Wiederherstellung eines polnischen Nationalstaates stets reger gewesen. Die innere Kraft zu seiner Verwirklichung besaß das Polentum nicht. Napoleon war der erste, der sich die mit polnischer Unfähigkeit gepaarte nationale Leidenschaft des Polen zunutze machte und das künstliche Gebilde eines Großherzogtums Warschau gründete. Er ist der Großvater der heutigen Polenpolitik der Entente, deren Träger Frankreich ist. Die Schwierigkeit der polnischen Frage besteht in der Unerlöschlichkeit der polnischen Ansprüche. Polen verlangt die Wiederherstellung

nicht nur eines polnischen Staates, sondern die Wiederherstellung des polnischen Staates zur Zeit seiner größten Ausdehnung. In diesem Sinne könnte England die Hälfte des heutigen französischen Staates beanspruchen und Deutschland Italien, Burgund und Flandern. Die französische Politik hat die entsprechenden Ansprüche des Polentums als gerechtfertigt anerkannt und den Polen ohne irgendwelche vorherige Gegenleistung Gebiete zum Geschenk gemacht, die niemals polnischer Kulturbesitz gewesen sind. Die einzige Gegenleistung Polens besteht in politischer Subjektivität und Abhängigkeit von Paris, die in einem vor einigen Monaten im Manchester Guardian veröffentlichten Geheimvertrag ihren Niederschlag gefunden hat. Der politische Sinn dieser Abmachung ist Stärkung der militärischen Macht Frankreichs: Polen verpflichtet sich zur Haltung eines Heeres von 800 000 Mann. Ein weiterer Punkt, der im wohlverstandenen Interesse Frankreichs liegt, ist die Abhängigkeit Deutschlands gegenüber Rußland, dem ganzen Osten überhaupt. In diesem Sinne liegt auch die Verneinung des deutschen Einflusses und des Deutschentums im Gebiete des polnischen Staates. Daß hier tatsächlich außerpolitische Zusammenhänge bestehen, geht hervor aus der Erneuerung des Feldzugs gegen das Deutschentum in Polen zugleich mit dem Beginn des ober-schlesischen Aufstandes. Damals fanden Deutschenverfolgungen in einer Reihe polnischer Städte statt und gleichzeitig verfügte man die Enteignung von über 200 deutschen Domänenpächtern. Die Ergebnisse dieser Politik sind, daß ein großer Teil des alten bodenständigen Deutschentums, zumal das Deutschentum in den Städten, das Land verlassen hat und noch verlassen wird. Die Zahl der Abwanderer beträgt über 350 000. Die Maßnahmen der polnischen Regierung richteten sich fast mehr noch gegen die deutsche Arbeiterklasse, gegen den Handwerker, kurz gegen die wirtschaftlich Schwachen als gegen den Besitz. In Polnisch-Preußen befinden sich nur noch gegen tausend deutsche Arbeiter. Die Läden sind verödet, das wirtschaftliche Leben versummt. Polen hat nur eine Militärpolitik geübt, die von Frankreich aus dirigiert wird. Ihr Ziel, die Vernichtung des Deutschentums, bedeutet gleichzeitig eine Schwächung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes, da Frankreich außerstande ist, finanziell zu helfen. Für 3/4 bis 4 deutsche Mark erhält man 100 polnische Mark.

In dieser Hoffnungslosigkeit des wirtschaftlichen Lebens finden revolutionäre Kräfte einen günstigen Nährboden. Die Unfähigkeit der Verwaltung, die drei verschiedenen Teilgebiete administrativ zu verschmelzen, die Unmöglichkeit der Herstellung normaler Beziehungen mit Deutschland wegen der Forderung der französischen Politik, alles dies verleiht der allgemeinen Lage obendrein. Es bestehen tiefgehende Gegensätze zwischen Kongreßpolen und dem ehemals preussischen Teilgebiet (Polnisch-Preußen) einerseits, zwischen Kongreßpolen und den Gebieten mit russischer Bevölkerung andererseits. Auch die bolschewistische Strömung macht Fortschritte: es gibt starke Arbeiterparteien kommunistischer und nationalkommunistischer Richtung. Die Gefahr schwerer Unruhen erscheint in unmittelbare Nähe gerückt, zumal wenn die Entscheidung in Paris die höchsten Erwartungen des Polentums nicht erfüllen sollte. Zwar ist man schon wesentlich befähigter geworden. Der Ueberchwang der Kriegsperiode, der Gründerzeit hat etwas abgenommen, aber man ist noch weit entfernt, irgend eine grundsätzliche Veränderung der politischen Richtung vorzunehmen. Es ist denkbar, daß die ober-schlesische Entscheidung das Polentum zur inneren Einkehr bewegen wird. Es ist ebenfalls denkbar, daß sich die Enttäuschung nach innen oder außen gewaltig Luft machen wird, aber es erscheint ausgeschlossen, daß Polen von seiner Verleumdung des Deutschentums ablassen wird, weil die französische Unterstützung auf der bindenden Verpflichtung gegen das Deutschentum beruht.

Kleine politische Meldungen.

Noch keine Einberufung des Reichstages. Der Reichstag wird zum 6. September noch nicht einberufen. Auch ist es unrichtig, daß der Auswärtige Ausschuh Mitte nächster Woche zusammentritt. Eine Einberufung des Ausschusses wegen der ober-schlesischen Frage ist nicht beabsichtigt. Eine Einberufung käme nur in Betracht, wenn die deutsch-amerikanischen Verhandlungen zu einem gewissen Abschluß gelangt sein sollten.

Neue Gesetzesvorlagen. Unter den neuen Gesetzesvorlagen, die dem Reichstag zugehen werden, werden sich befinden: Vorklagen über die Arbeitslosigkeit, Nacharbeit der Frauen, Festsetzung einer Altersgrenze für die Zulassung von Kindern zu gewerblichen Arbeiten, Festsetzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf acht Stunden täglich, gewerbliche Nacharbeit Jugendlicher, sowie die Beschäftigung der Frauen vor und nach ihrer Niederkunft.

Die Kontrolle der deutschen Finanzen. Wie der Temps meldet, sind die Mitglieder der Finanzkommission am Mittwoch nach Deutschland abgereist. Sie werden in der Sitzung der allierten Reparationskommission am Sonntag nächster Woche ihren Bericht über die Sicherung der Reparationsansprüche in der deutschen Finanzangelegenheit erstatten.

Vertagung der Entscheidung über Oberschlesien? Der Vortier-Berichterstatter der Koalition Post erklärt: Die weitere Entscheidung der ober-schlesischen Frage werde bis zur zweiten Vollversammlung des Völkerbundes vertagt, die am 13. September in Genf eröffnet werden soll. Da feierliche Gutachten durch den Völkerbund vor Mitte Oktober erwartet werden.